

# Basta!

Nr. 3 / September 2001

Basels starke Alternative

## Sie entscheiden, wer Recht spricht

Wahlen

**“RichterInnenwahlen? Interessieren mich nicht!”, denken wohl viele. “Sollten sie aber!”, meint Regula Hofer, Basta!-Kandidatin für das Amt einer ordentlichen Richterin am neu geschaffenen Sozialversicherungsgericht.**

Die Linke ist an den Gerichten stark untervertreten. “Ist doch egal”, könnte man einwenden, “die Justiz soll ja auch kein Tummelfeld parteipolitischer Interessen sein.” Das ist richtig. Parteipolitik hat im Gerichtssaal nichts verloren. Und doch: Wenn es am Sozialversicherungsgericht etwa um die Höhe einer Invalidenrente oder um Ansprüche an die Pensionskasse

geht, oder wenn das Zivilgericht über Alimentenzahlungen, Unterhaltsklagen etc. zu entscheiden hat, spielt der soziale Standpunkt der RichterInnen eine wichtige Rolle. Justizia hat bekanntlich eine Waage in der Hand. Recht sprechen heisst, innerhalb des verbindlichen Rahmens der geltenden Gesetze Sachverhalte abwägen, gewichten. Dazu ist einerseits fachliche Kompetenz erforderlich. Andererseits ist es aber auch nicht gleichgültig, welchen politischen und persönlichen Erfahrungshintergrund die RichterInnen mitbringen. Einer Teilzeit arbeitenden Familienfrau stehen die Anliegen und Nöte von Arbeitnehmenden, MieterInnen, Erwerbslosen etc. näher als beispielsweise einem Wirtschaftsanwalt.

In Basel sind die Gerichtswahlen Volkswahlen. Am 22./23. September haben Sie die Möglichkeit, mit zu entscheiden, wer in unserem Kanton Recht spricht. Ich hoffe, Sie machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Die gemeinsame Liste von SP und Bündnis zählt auf Ihre Stimme. Basta! empfiehlt, Liste 2 (SP und Bündnis) unverändert einzulegen.

Regula Hofer



*Regula Hofer, Jahrgang 1962, arbeitet bei der Spitex. Als ursprünglich ausgebildete Kauf- frau und hauswirtschaftliche Betriebsleiterin HFF hat sie in verschiedenen Stellen und Situationen vielfältige Erfahrungen gesammelt. So bei Führungsaufgaben in öffentlichen und privaten Institutionen wie Heimen, selbstverwalteten Betrieben, Verbänden, im Gastgewerbe oder als Gewerkschaftssekretärin beim VPOD Basel.*

AZB  
4005 Basel

Mutationen an:  
Postfach 142, 4005 Basel

## Und so geht's weiter...

### Energie statt Arbeit besteuern?

Eine kontroverse Debatte um die Initiative der Grünen, die am 2. Dezember zur Abstimmung gelangt. S. 2/3

### Fraktion

Sesselrücken im Grossen Rat. Die eine geht, der andere kommt. Die Bulletin-Redaktion führte mit beiden ein Gespräch. S. 3/4

### Basel unterstützt kurdische Teppichweb-berinnen.

Bericht über ein Selbsthilfeprojekt der Stadt Van und eine gelungene Ausstellung in Basel S. 4

### Kantonale Lehrwerkstätte für Mechaniker: ein Aufgabe des Kantons.

Die Regierung dreht der Gewerblich-industriellen Berufsschule den Geldhahn zu und nimmt einen folgenschweren qualitativen Abbau in Kauf S. 5

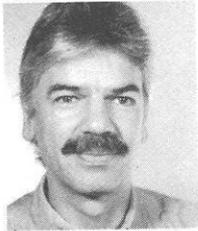
### Klimakatastrophe

Ein satirischer Fiebertraum S. 6

# Energie statt Arbeit besteuern?

Debatte

Die Volksinitiative "Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern" wird von den Grünen als "die Lösung der Zukunft" angepriesen. Doch die Argumentation der InitiantInnen hält einer kritischen Prüfung nicht stand.



Die Initiative der Grünen fordert die schrittweise Einführung einer Steuer auf nicht erneuerbaren Energien sowie auf Energie aus Wasser-Grosskraftwerken. Die Steuer-

einnahmen sollen zur ganzen oder teilweisen Finanzierung der Sozialversicherungen verwendet werden. Aus der Sicht der InitiantInnen stellt die Formel "Energie statt Arbeit besteuern" eine geradezu geniale Antwort auf mehrere drängende Fragen der Gegenwart dar. Sie argumentieren, durch die Verteuerung der Energie entstehe ein Anreiz zu sparsamem Einsatz derselben und zur Entwicklung umweltgerechter Technologien. Von der Senkung der Lohnnebenkosten erwarten sie einen beschäftigungswirksamen Impuls. Und nicht zuletzt könne über die Energiesteuer die Finanzierung der Sozialwerke langfristig gesichert werden. Zu allen drei Argumentationslinien drängen sich einige kritische Fragen auf.

## Das ökologische Argument

Es ist unbestritten, dass die Industriestaaten viel zu sorglos mit Energie umgehen – mit den bekannten verheerenden Folgen für die Umwelt. Die Antwort der Initiative auf diese Problematik ist einfach: Wir verteuern die Energie, den Rest besorgt der Markt. Ob aber mit dieser Massnahme der gewünschte Lenkungseffekt erzielt werden kann, ist zumindest fraglich. Im Hinblick auf die Einführung der Ökosteuer in Deutschland schreibt Willi Brüggel: "Wenn mit Ökosteuern ein grundsätzlicher Richtungswechsel durchgesetzt werden soll, müssen die Steuersätze so hoch sein, dass die Ärmern von bestimmten Konsum- und Lebensformen ausgeschlossen werden – eine politisch weder durchhaltbare noch wünschbare Vorstellung." (Widerspruch Nr. 40, S. 75)

**Ob der gewünschte Lenkungseffekt erzielt werden kann, ist zumindest fraglich**

## Das wirtschaftspolitische Argument

Von der Verteuerung der Energie bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten erwarten die Grünen den Effekt, dass der Trend zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen gestoppt oder gar umgekehrt werden kann. Doch die Formel "teure Energie + billige Arbeit = mehr Arbeitsplätze" ist theoretischer Humbug. Der ökonomische Rationalisierungsdruck ist dem kapitalistischen System immanent und folgt Gesetzen, die mit der Höhe der Lohnnebenkosten nichts zu tun haben. Während der Krise der 90er Jahre stagnierten oder sanken die Reallöhne. Gleichzeitig explodierten die Unternehmensgewinne. Trotz "billiger" Arbeit wurden massenhaft Arbeitsplätze abgebaut. Die Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten kommt aus der Ecke der Unternehmerverbände und verfolgt nur ein Ziel: Gewinnsteigerung.

## Das sozialpolitische Argument

"Die demographische Entwicklung ("Alterspyramide") stellt die langfristige Finanzierung der sozialen Sicherheit in Frage", argumentieren die Grünen und manövrieren sich damit in gefährliche Nähe zur Panikmache, wie sie ansonsten vorwiegend das rechte Lager betreibt. Doch abgesehen davon erachte ich es als fahrlässig, das herkömmliche Finanzierungssystem der Sozialversicherungen grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Finanzierung über Lohnprozente ist allemal sozialer als die Finanzierung über eine Konsumsteuer. Denn eines dürfte ja klar sein: Die Hauptlast der Energiesteuer

werden die Konsumentinnen und Konsumenten tragen. Wer etwas anderes behauptet, betreibt Augenwischerei.

Die Frage der langfristigen Finanzierung der sozialen Sicherheit ist in erster Linie eine Frage des politischen Willens und nicht des Finanzierungssystems. Die Lohnnebenkosten sind in der Schweiz – verglichen mit den umliegenden Ländern – tief. Ein grundsätzlicher System-

wechsel bei der Finanzierung der Sozialversicherungen drängt sich daher weder auf noch ist er wünschenswert.

## Was bleibt...

...sind beispielsweise die bereits spürbaren klimatischen Veränderungen infolge Energieverschwendung. Auf diese Problematik müssen wir Antworten finden. Die gezielte Subventionierung energiesparender, umweltgerechter Technologien und Produkte, wie dies in einzelnen Bereichen bereits geschieht, scheint mir aber erfolgsversprechender zu sein als die Einführung einer Ökosteuer.

Martin Flückiger

## Die Umwelt im linken Gegenwind?

Es macht wenig Sinn, soziale Anliegen gegen ökologische auszuspielen, meint Jürg Stöcklin in seiner Replik.



Martin Flückiger kann der Initiative der Grünen wenig Positives abgewinnen. Leider wird sein kurzer Artikel der jetzt bald 20-jährigen Diskussion über die Notwendigkeit einer ökologischen Steuerreform

nicht gerecht. Elemente einer solchen haben bereits Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, die Niederlande, und seit Rot-Grün regiert, auch Deutschland eingeführt. Mit der Lenkungsabgabe auf Strom existiert eine solche Steuer auch in Basel-Stadt, erstritten und durchgesetzt erst nach dem linken Wahlerfolg vor 5 Jahren. Tatsächlich gibt es heute einen Grundkonsens, dass ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft eine ökologische Steuerreform voraussetzt. Der allzu billige Verbrauch von Umweltressourcen soll steuerlich belastet und die erzielten Einnahmen für die (teilweise) Finanzierung der Sozialversicherungen verwendet werden.

Die Ökosteuer hat das unmittelbare Ziel, durch die Verminderung des Energieverbrauchs die Umwelt zu schonen. Gleichzeitig werden Anreize zur Ent-

Fortsetzung nächste Seite

## Wie es Euch gefällt

Ab und an gibt's Reaktionen auf Bulletin-Beiträge. Neulich betraf einer sogar ein Editorial: „Nach der Lektüre erwartete ich mindestens eine Art *BastA!-Foglio*, was aber kommt sind vier dünne Seiten ...“ O.K. O.K. O.K. ! Wir können auch anders: voluminöse sechs Seiten, dafür das Editorial ultra kurz: *Rita geht, Urs kommt - Partnerschaft mit Van - Zur Energiesteuer - Wahlen in die Basler Gerichte - Sparen auf dem Buckel der Stifte*. Und tschüss.

Martin Brunner

Die eine geht, der andere kommt – beide brauchen nicht vorgestellt zu werden. Urs Müller – er stand letztes Jahr als Regierungskandidat prominent in der Öffentlichkeit – löst als erster Nachrückender aus den letzten Grossratswahlen Rita Schiavi ab, die nach 9 Jahren aus dem Basler Grossen Rat zurücktritt. Das Bulletin sprach mit den beiden *BastA!-PolitikerInnen*.

*Bulletin:* Du gehörst in Basel zum politischen Inventar, Dein Leistungsausweis ist auch beim politischen Gegner unbestritten. Jetzt gehst Du – weshalb, und wohin?

Rita Schiavi: Ich bin seit November Zentralsekretärin der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) mit Arbeitsort in Zürich. Ich arbeite zwar “nur” 80%, aber mit dem Pendeln und den Familienpflichten lag eine zusätzliche Belastung einfach nicht mehr drin.

*Dein Wechsel in eine gewerkschaftliche Funktion könnte auch als Fortführung einer BastA!-“Tradition“ gesehen werden. Ist politisieren in der Gewerkschaft attraktiver als bei BastA!?*

Rita: Nicht attraktiver, aber anders: Bei BastA! und im Basler Grossen Rat habe ich sehr lokal politisiert. Jetzt habe ich einen gesamtschweizerischen Rahmen, habe auch viel mit den Romands und den Tessinern zu tun. Die Gewerkschaften sind ausserdem Organisationen mit einer internationalen Vernetzung. Ich finde es tatsächlich eine der Schwächen von BastA!, dass wir eine lokale Organisation sind. Eine Vernetzung mit anderen Gruppierungen in der Schweiz und im Ausland fände ich wichtig. Auf der anderen Seite hat natürlich das kleinräumig-familiäre, wo jede jeden kennt, auch seinen Reiz!



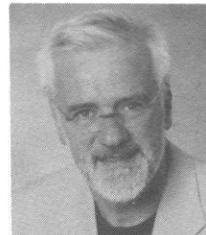
Tritt aus dem Grossen Rat zurück: Rita Schiavi

*Urs, dieses kleinräumig-familiäre, wie Rita sagt, reizt Dich das? Was werden die Schwerpunkte in Deiner Arbeit sein?*

Urs: Man darf das Naheliegende nicht unterschätzen, bekanntlich müssen wir lokal handeln, auch wenn wir global denken. Der damalige Kampf gegen die Abschaffung der kantonalen Beihilfen, den wir in einer Volksabstimmung gewannen, ist mir in bester Erinnerung. In diese Richtung muss es gehen, z.B. beim aktuellen Versuch des Wirtschafts- und Sozialdepartements, die Fürsorgeansätze für junge Erwachsene zu kürzen. Viele Junge in Ausbildung und de-

ren Familien sind auf diese Beiträge angewiesen.

Neu im Grossen Rat: Urs Müller



*In den letzten Jahren piff uns Linken der politische Wind immer stärker ins Gesicht. Hat der Parlamentarismus für Dich einen Frustrationspegel erreicht, der Dir den Abgang erleichtert?*

Rita: Es war tatsächlich nach den letzten Wahlen einfacher zu gehen. Der Rechtsruck, der in Basel stattgefunden hat, ist schon ziemlich frustrierend. Die Grossratsarbeit habe ich aber immer gerne gemacht, auch wenn wir in der Regel viel Zeit und Energie investieren und selten Erfolge gehabt haben. Allerdings hat mir die Grossratsarbeit keinen Spass mehr gemacht, als ich – in den letzten Monaten – nicht mehr genügend Zeit dafür hatte.

*Wenn Du an Deine lange parlamentarische Arbeit zurückdenkst: Was ist Dir als Highlight in Erinnerung? Und was würdest Du am liebsten vergessen?*

Rita: Am intensivsten war für mich die Zeit des Regierungswahlkampfes bei der Ersatzwahl. Das war eine sehr anstrengende Zeit, aber ich fühlte mich sehr ernst genommen. Ich habe viele gute Begegnungen gehabt. Viele Leute haben mich damals angesprochen, und viele – auch völlig unbekannte – haben mir gesagt, wie sehr sie es bedauerten, dass ich nicht gewählt worden war.

Die grössten Enttäuschungen habe ich erlebt in der Zusammenarbeit mit der SP-Fraktion. Zum Beispiel beim neuen Personalgesetz, wo wir wichtige Verbesserungen hätten durchbringen können, wenn die SP nicht mit den Bürgerlichen gestimmt hätte.

*A Propos ernst genommen werden, Urs: Deine Tochter – sie hat in den Grossratswahlen ebenfalls für BastA! kandidiert und einen Achtungserfolg erreicht – hat in einem Interview an dieser Stelle für die Jungen* (Fortsetzung nächste Seite)

## Die Umwelt im linken Gegenwind? (Fortsetzung)

wicklung von Energie- und CO2-sparenden Technologien geschaffen. Steuern als marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument zu Gunsten der Umwelt sind aus linker Sicht ebenso wenig verwerflich wie ihr Einsatz zur Einkommensumverteilung. Es gibt zahlreiche Studien (einschliesslich des schweiz. Nationalfonds), welche die positive Umweltwirkung von Ökosteuern belegen.

Mit der Finanzierung der Sozialversicherungen durch die Einnahmen aus der Energiebesteuerung wird die Verteuerung des Produktionsfaktors Energie kompensiert. Dass dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden, wird oft bestritten, wurde aber durch die bereits erwähnte Nationalfondsstudie für die Schweiz bestätigt. Die Befürchtung, dass eine Energiesteuer unsozial ist, vernachlässigt die Art der Rückerstattung. Die Initiative verlangt, dass diese sozialverträglich geschieht, so dass eine Benachteiligung sozial Schwacher vermieden wird. Es macht wenig Sinn, soziale Anliegen gegen ökologische auszuspielen. Es sind die sozial Schwachen, welche die Beeinträchtigung der Umwelt am frühesten zu spüren bekommen.

Jürg Stöcklin

# Basel unterstützt kurdische Teppichweberinnen

Städtepartnerschaft

Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van hat im Juni eine Woche lang ein kurdisches Selbsthilfeprojekt vorgestellt. Die Teppiche aus Van, einer kurdischen Stadt im Osten der Türkei, begeisterten das Publikum. Die Kelimwerkstatt, in der über 60 Frauen arbeiten, erhielt nicht nur 20'000 Franken von der Regierung des Kantons Basel-Stadt, sondern zudem zahlreiche Spenden und Bestellungen.



Die Kelim-Ausstellung im Juni 2001 im Unternehmen Mitte war ein voller Erfolg. Regierungsrat Jörg Schild eröffnete sie mit der erfreulichen Mitteilung, dass die Basler Regierung

über die Staatliche Kommission für Entwicklungshilfe das Selbsthilfeprojekt in Van mit 20'000 Franken unterstützt. Schild anerkannte insbesondere, dass die Menschen in Van trotz schwieriger Bedingungen ihre Probleme anpacken. Er wies darauf hin, dass eine derart massive Zuwanderung, wie sie Van in den letzten Jahren erlebte, weil das Militär Tausende Dörfer zerstörte und ihre BewohnerInnen vertrieb, auch Basel trotz ungleich günstigeren Verhältnissen vor grosse Schwierigkeiten stellen würde.

Kurdische Städte in der Türkei kämpfen vor allem mit Problemen. Die Infrastruktur ist vollkommen ungenügend, Arbeitsplätze rar. Die Zentralbehörde verweigert den kurdisch regierten Städten wie Van die

dringend benötigten Mittel. Sie bleiben sich selber überlassen. In Van bauen die Leute ihre Strassen selber, unbezahlt und mit ihrem eigenen Werkzeug. Mit Projekten wie der vom Verein unterstützten städtischen Kelim-Werkstatt werden Arbeitsplätze geschaffen. In der Weberei finden über 60 Frauen ein Einkommen für sich und ihre Familien.

Das Interesse an den Teppichen war riesig, die Ausstellung entsprechend gut besucht. Nazan Aslan, die in der Werkstatt Webkunst unterrichtet, zeigte in dieser Woche in Basel, wie die Frauen auf sehr einfachen Rahmen mit blossen Händen wunderschöne Teppiche herstellen. Die verwendete Wolle ist entweder naturbelassen – weiss, braun, schwarz, grau – oder mit Pflanzenextrakten in warmen Farbtönen gefärbt. Die kunstvollen Muster werden ohne Vorlage gewoben. Enver Özkahraman, der Leiter der Werkstatt und Initiator des Projekts, stand den BesucherInnen Red und Antwort. Er erzählte von den zahlreichen Schwierigkeiten, mit denen die Werkstatt immer wieder konfrontiert ist, angefangen von den Heizkosten bis zu den Schi-

kanen der Zentralbehörde.

Die Ausstellung war das Ergebnis einer gelungenen Zusammenarbeit über sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg. Kurdische Frauen bereiteten die kulinarischen Köstlichkeiten für die Vernissage zu, eine kurdische Musikgruppe, die zufällig in der Schweiz weilte, hatte sich spontan bereit erklärt, die Eröffnung musikalisch zu begleiten, viele Vereinsmitglieder organisierten und betreuten die Ausstellung mit grossem Engagement.

Dank dem Beitrag der Basler Regierung und des Vereins sind die Arbeitsplätze von über 60 Weberinnen und damit auch das Überleben ihrer Familien zunächst gesichert. Nun können Enver Özkahraman und die Weberinnen den Ausbau ihres Projekts planen. Sie wollen weitere Arbeitsplätze schaffen und nebst der Webkunst auch Schulbildung – viele der Frauen sind Analphabetinnen – sowie Grundkenntnisse in Hygiene und Medizin vermitteln. Mit einer besseren Verkaufsstruktur, beispielsweise einem Lieferwagen und einem Ladenlokal, könnte die Werkstatt ihren Absatz erhöhen.

Mit der Unterstützung der Kelim-Werkstatt hat der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van einen erfreulichen Anfang genommen und dem Selbsthilfeprojekt eine gute Starthilfe gewährt. In absehbarer Zeit wird es auf eigenen Füßen stehen und der Verein somit andere Projekte unterstützen können.

Anne-Lise Hilty

## Fraktion (Fortsetzung)

*generell mehr Respekt gefordert, und sich gewünscht, dass sie es leichter hätten, sich politisches Gehör zu verschaffen. Wie stehst Du zu dieser Forderung? Wie wirst Du – von Beruf Basels höchster Jugendfürsorger – politisch für die Jugend sorgen? Kannst Du Deiner Tochter – und den Jungen überhaupt – Hoffnung machen?*

Urs: Ob ich ihnen Hoffnung machen kann? Ich bin unsicher, sicher aber weiss ich, dass meine Kinder mir Hoffnung machen. Sie sind für mich ein Motor für die politische Arbeit im Grossen Rat. Loretta hat recht mit ihrer Forderung, ich sehe das auch beim meinem Sohn, der als Jugendparlamentarier miterlebt, wie mühsam es ist,

Geld für diese wichtige Einrichtung zu bekommen. Ich habe das Gefühl, die Jungen sind zwar gut genug als Möglichkeit zur Profilierung, aber ich vermisse im Departement Tschudi die aufrichtige Bereitschaft, die Jungen wirklich als politische Partnerinnen und Partner anzuerkennen.

Übrigens, ich bin seit anfangs Jahr nicht mehr Basels höchster Jugendfürsorger. Die Umstrukturierungswelle hat auch meinen Bereich erfasst, und ich werde meinen Job demnächst verlassen. Aber als Politiker werden sich mir bestimmt Gelegenheiten bieten, die Sache der Jungen energisch zu vertreten.

*Rita, Was liegt Dir so am Herzen, dass Du es Urs „mit auf den Weg geben“ möchtest?*  
Rita: Urs, Du solltest die Parlamentsarbeit nicht überschätzen. Sie kann für eine linke

Gruppierung nur eine Ergänzung sein, sie darf nicht zum Hauptinhalt unserer politischen Arbeit verkommen. Die Parlamentsarbeit muss die Bewegung draussen unterstützen und deshalb müssen wir auch Kräfte in ausserparlamentarische Aktionen investieren.

*Dir, Urs, danke ich dafür, dass Du unsere Gruppierung in Basels Parlament vertrittst. Du hast dafür einen Wunsch frei.*

Urs: Ich hoffe, es gelingt unserer Fraktion 'Bündnis', eine pointierte Politik zu machen, welche alle Gruppierungen, aber auch die Zusammenarbeit untereinander, weiterbringt. Ganz persönlich wünsche ich mir, dass mir Toleranz und Standfestigkeit auch in meiner neuen Funktion nicht abhanden kommen.

*Das Gespräch führte Martin Brunner*

# Kantonale Lehrwerkstätte für Mechaniker: Eine Aufgabe des Kantons

Einem Artikel der Basler Zeitung vom 11. August war zu entnehmen, dass die Gewerblich-Industrielle Berufsschule keine zusätzlichen Mittel erhalten soll. Der Regierungsrat hat im Juni beschlossen, von 2002 bis 2005 jährlich 20 Millionen Franken für Massnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität zur Verfügung zu stellen. Die Gewerblich-Industrielle Berufsschule Basel (GIB) muss jedoch im nächsten Jahr mit demselben, allzu knappen Budget auskommen, wie 2001. Eine Verweigerung von zusätzlichen Mitteln für die Gewerbeschule führt unweigerlich zu Leistungs- und Qualitätsabbau.



In den letzten Jahren wurden vom Kanton Basel-Stadt grosse Anstrengungen unternommen, die Zahl der Lehrstellen zu vergrössern. An der WBS I läuft zurzeit eine Kampagne, um die SchülerInnen zu ermuntern, nach der obligatorischen Schulzeit eine Lehre zu absolvieren, anstatt weiterführende Schulen zu besuchen. Auch deshalb ist es schwer nachvollziehbar, warum jetzt mit solchen Budgetvorgaben ein qualitativer Abbau am Angebot der Gewerbeschule in Kauf genommen wird.

Laut Regierungsrat Eymann wird auch die Schliessung der staatlichen Lehrwerkstätte für Mechaniker (LWM), bei der es sich um eine Abteilung der GIB handelt, erwogen. Die LWM bietet eine umfassende und äusserst vielseitige Ausbildung zum Polymechaniker. Die Lehre dauert vier Jahre und die LWM nimmt 21 Lehrlinge pro Lehrjahr auf – insgesamt arbeiten und lernen dort also jeweils 84 Lehrlinge. Jährlich bewerben sich zwei- bis fünfmal mehr Lehrlinge, als es Ausbildungsplätze hat.

Im August 99 stellte die Leitung der LWM gemeinsam mit dem Direktor der GIB einen Antrag auf Investitionen über 2,4 Millionen Franken, verteilt auf 5 Jahre (bis 2005), da das Budget seit 1993 kontinuierlich zusammengestrichen worden war und insbesondere der vorhandene Maschinenpark nicht mehr dem neusten Stand entspricht. Die Leitung der

LWM rechnete mit kritischen Fragen von seiten der Regierung. Die Überraschung war jedoch gross, als im oben erwähnten Zeitungsartikel gar von Schliessungsplänen die Rede war, insbesondere da seit Dezember 2000 ein Bericht über die Neupositionierung des LWM-Angebots

auf dem Tisch des ED-Vorstehers liegt.

Die LWM bemüht sich schon seit Jahren um eine Öffnung gegenüber privaten Firmen. Viele Firmen im Bereich Polymechanik decken nur noch Nischenbereiche ab und können deshalb keine so breite und qualitativ hochstehende Ausbildung wie die LWM anbieten. SpezialistInnen, zum Beispiel im Bereich Flugzeugmechanik, sind aber auf dem Arbeitsmarkt sehr gesucht. Es könnten also durchaus Modelle praktiziert werden in welchen ein Teil der Lehrlinge nur die betreuungsintensiven ersten Lehrjahre in der LWM absolvieren und im dritten oder vierten Lehrjahr zu den spezialisierten Firmen wechseln. Diese Vorleistung der LWM müsste aber von den Firmen entsprechen finanziert werden.

Die LWM bietet auch BewerberInnen mit schulischen Defiziten einen Ausbildungsplatz. Durch die Qualität der Ausbildung und die intensive Betreuung haben alle Lehrlinge die Chance, sich zu guten Berufsleuten, ja sogar zu gesuchten SpezialistInnen, zu entwickeln. Die LWM verfolgt die Berufskarrieren ihrer AbgängerInnen weiter und die Leitung kann zu Recht mit Stolz erwähnen, dass keine arbeitslosen AbsolventInnen der LWM bekannt sind. Mit der Durchmischung der Lehrlinge erfüllt die LWM auch einen sozialen und integrativen Auftrag.

Viele Gründe sprechen dafür, dass der Kanton Basel-Stadt einen so erfolgreichen Lehrgang weiter führen soll. Der

**Viele Gründe sprechen dafür, dass der Kanton Basel-Stadt einen so erfolgreichen Lehrgang weiter führen soll.**



Mechaniker an der Arbeit (Foto: Interfoto)

Basler Gewerkschaftsbund (BGB), die Gewerkschaft Erziehung (GE), die Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (SMUV) und der Verband des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD) haben deshalb gemeinsam eine Petition lanciert. Die Forderungen lauten: 1. Die Lehrwerkstätte für Mechaniker ist weiterhin unter der Trägerschaft des Kantons Basel-Stadt zu führen und darf weder privatisiert noch geschlossen werden. 2. Es sollen der Lehrwerkstätte für Mechaniker die dringend benötigten 2,4 Mio. Franken zur Modernisierung und für den Unterhalt ihres Maschinenparks zur Verfügung gestellt werden. Unterschriftenbögen können ab sofort bei der GE, Rebgrasse 1, Postfach, 4005 Basel bezogen werden.

Heidi Mück

# Mobilität mit Qualität

Unter dem Titel "Mobilität mit Qualität" erscheint in diesen Tagen eine BastA!-Broschüre. Die Autorinnen und Autoren haben sich seit Jahren mit der Verkehrsproblematik beschäftigt. Nun haben sie ihre Erfahrungen und ihre Recherchen zu einer Broschüre verarbeitet. Entstanden ist eine facettenreiche und anregende Darstellung der verschiedenen Aspekte von Mobilität und Stadtentwicklung. Überzeugen Sie sich selbst! Die Broschüre steht ab sofort allen zur Verfügung, die an einer fundierten Verkehrspolitik aus linker Sicht interessiert sind.

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ja, ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_  
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).

Ich bestelle ... Exemplar(e) der Bündnis-Wahlplattform (30 Seiten. Unkostenbeitrag Fr. 4.-)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31



Verregnete Protestkundgebung gegen die Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr vom 18. Mai dieses Jahres. (Foto: Fritz Witschi)

## Klimakatastrophe

Satire

**Der Energieverschleiss der Basler Linken nimmt drastisch zu ... mit verheerenden Folgen für die Umwelt. Ein Fiebertraum unseres Klimaexperten Zeo Zwei.**

Die Fensterscheiben des Sitzungszimmers haben sich beschlagen. Von den Wänden perlen Wassertropfen. Die Verhandlungen sind zäh und ziehen sich seit Wochen dahin. Die Basler Linke schwitzt. Die Debatte dreht sich um Gerichte.

"Haferschleimsuppe", denke ich. Mein Hemd klebt. Mein Gehirn kocht. In solchen Situationen hilft nur Haferschleimsuppe. Dieses Gericht hat meine Mutter immer gewählt, wenn wir Kinder eine fiebrig heisse Stirn hatten.

In mein Bewusstsein dringen nur Bruchstücke der hitzigen Debatte. Die SP will ein ziviles Gericht von einem Schläger anrichten lassen. Die Frauenliste droht mit einer Neuauflage der Gewaltsteuer. Und die Vertreterin der Grünen wischt sich erschöpft die Stirn und fordert eine Schweissabgabe.

Benommen erhebe ich mich und öffne das Fenster. Vor dem Gewerkschaftshaus

demonstrieren die Autonomen gegen die kompromisslerische Politik der Reformisten und ihrer Handlanger. "Nur die aller dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber", skandieren sie lautstark. Na ja, denen fällt wohl auch nichts Neues ein. Der schwarze Block formiert sich und droht, in die rote Zone einzudringen. Bereits bersten die ersten Scheiben. Am Rande der Demo erwürgen zwei Polizisten in Notwehr ein Kleinkind, das sie mit einer Milchflasche bedroht hat.

"Das haben wir nun von der Energieverschwendung", denke ich, während der Mond am hellichten Tag explodiert und als Feuerball auf die Erde niedersaust. Stille herrscht. Im Sitzungszimmer erwartet man mein Votum. Worum ging es eigentlich? Ach ja, um Gerichte. "Mein Lieblingsgericht sind Penne all'arrabbiata", sage ich.

Das war politisch wohl nicht korrekt.

Zeo Zwei

## Veranstaltungen

Donnerstag, 20. September 2001

Öffentliche Plattform zum Thema „Professionalisierter Umgang mit Lebenskrisen“

Anforderungen an die Soziale Arbeit  
Vortrag von Stefan Kutzner, Dozent Uni Fribourg

Was tut die Sozialhilfe?  
Vortrag von Rolf Maegli, Vorsteher Fürsorgeamt Basel-Stadt

Anschliessend Diskussion unter der Leitung von Ueli Mäder, Soziologe

- 18.15 - 20.00 Uhr, FHS-BB, Thiersteinallee 57, 4053 Basel. Eintritt Fr. 10.-- (Studierende, Erwerbslose und Einkommensschwache gratis)

Impressum: Nr. 3/September 2001. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel. Tel./Fax 061 / 691 16 31. E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch. PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Martin Brunner, Martin Flückiger. Druck: Rumzeis Basel